

Wirtschaft

EU-Deal setzt Schweiz unter Druck

Handel Die EU und die südamerikanischen Mercosur-Staaten haben sich auf ein Freihandelsabkommen geeinigt. Die Schweiz müsse rasch nachziehen, fordert die hiesige Wirtschaft. Doch es gibt gleich von mehreren Seiten Widerstand.

Maja Briner, Remo Hess

Es müsse schnell gehen, erklärte der damalige Bundesrat Johann Schneider-Ammann bereits vergangenes Jahr: Die Schweiz müsse bei den Verhandlungen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten vorwärtsmachen, sonst drohe sie gegenüber der EU ins Hintertreffen zu geraten. Am liebsten hätte Schneider-Ammann noch vor der EU eine Einigung mit den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay erzielt.

Doch das ist nicht gelungen. Am Freitag hat die EU den Sack zugemacht und die Gründung der weltgrößten Freihandelszone angekündigt. Über 770 Millionen Konsumenten wird der gemeinsame Wirtschaftsraum mit einer Wertschöpfung von jährlich 19 Billionen Euro umfassen.

Die EU liefert Autos, Mercosur Fleisch

Dass die Verhandlungen nach 20 Jahren ausgerechnet jetzt zum Abschluss kommen, ist kein Zufall. Man sende ein «starkes Signal für regelbasierten Handel inmitten internationaler Handelsspannungen», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Rande des G20-Gipfels im japanischen Osaka. Impliziter Adressat der Äusserung: der zum Protektionismus neigende US-Präsident Donald Trump. Das Mercosur-Abkommen ist nach Kanada und Japan schon der dritte grosse Freihandelsdeal, den die Juncker-Kommission abschliesst.

Ziel des Abkommens ist es, die gegenseitigen Zölle abzubauen. Dabei lautet die Formel: europäische Autos und Maschinen gegen südamerikanisches Fleisch. Während der Mercosur auf Autoimporte aus Europa



Rinder in Paraguay: Die Mercosur-Staaten sind für ihre Fleischexporte bekannt.

Bild: Noah Friedman-Rudovsky/Bloomberg (Chaco, 15. Dezember 2010)

35 Prozent Zoll und 20 Prozent auf Maschinen erhebt, schottet die EU ihren Markt gegen südamerikanische Agrarprodukte ab. Nach Schätzungen der EU-Kommission können EU-Exporte jährlich 4 Milliarden Euro an Zollkosten einsparen.

Bundesrat soll Gas geben

Tritt das Abkommen in Kraft, profitieren EU-Firmen von besseren Bedingungen als ihre

Schweizer Konkurrenz. Die hiesige Wirtschaft fordert daher, die Schweiz müsse möglichst rasch nachziehen. Sonst drohten Wettbewerbsnachteile für die Schweizer Exportfirmen, warnte gestern der Direktor des Gewerbeverbands, FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler.

«Der Druck auf die Schweiz wächst», sagt auch CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, die im Vorstand des Wirtschaftsverbands Economie-

suisse sitzt. Es braucht nun rasch eine Einigung. «Sonst bekommen das Branchen wie die Maschinenindustrie, die Pharma- und die Uhrenindustrie zu spüren», sagt sie. Die Schweiz verhandelt im Rahmen der Efta seit zwei Jahren mit Mercosur. Offene Punkte gibt es laut dem Bundesrat insbesondere beim Marktzugang für Landwirtschaftsprodukte und beim geistigen Eigentum. Wirtschaftsminister Guy Parmelin zeigte sich am Wochen-

ende gegenüber SRF jedoch optimistisch, dass diesen Herbst eine Einigung erzielt werden kann.

Im Inland droht jedoch von zwei Seiten Widerstand gegen das Abkommen. Die Bauern befürchten, der Schweizer Markt werde mit günstigem Rindfleisch überschwemmt, und von links kommt Kritik wegen des mangelnden Umwelt- und Tierschutzes in den Mercosur-Staaten. Die Grünen-Präsidentin Regula Rytz warnte auf Twitter: «Es droht ein

Pakt gegen Umwelt und Menschenrechte.» Die Kritik ist noch gewachsen, seit in Brasilien der rechte Politiker Jair Bolsonaro an der Macht ist, der den Regenwald weiter abholzen will. Der Bundesrat verspricht, das Freihandelsabkommen werde ein «weitreichendes Nachhaltigkeitskapitel» enthalten. Ob dies die Kritiker besänftigt, bleibt aber abzuwarten.

Bauernpräsident hat keine Eile

Auch bei den Bauern ist noch unklar, ob Bundesrat Parmelin sie ins Boot holen kann. Wie sich der Schweizer Bauernverband zum Abkommen stellt, hängt vom genauen Inhalt ab, sagt Präsident Markus Ritter (CVP/SG): «Wir sind nicht grundsätzlich gegen Freihandelsabkommen. Entscheidend ist, ob es auf Kosten der Landwirtschaft geht», so Ritter. Es darf nicht sein, dass «Verfügungstätigkeiten für die Wirtschaft zu Lasten der Bauernfamilien gehen», sagt Ritter. Anders als die Wirtschaftsverbände sieht er die Schweiz auch nicht unmittelbar unter Zugzwang. «Der Ratifizierungsprozess in der EU dürfte sich hinziehen», gibt Ritter zu bedenken.

In der Tat ist das Abkommen auch in der EU noch nicht in trockenen Tüchern. Neben den 28 EU-Mitgliedsstaaten muss auch das EU-Parlament dem Abkommen zustimmen. Das dürfte frühestens Ende des kommenden Jahres der Fall sein. Vor allem linke und grüne Parteien haben bereits Widerstand angekündigt. Sie befürchten verstärkten Konkurrenzdruck für europäische Bauern und neben der Aufweichung von Nahrungsmittelstandards auch eine beschleunigte Rodung des brasilianischen Regenwaldes für Anbauflächen von Soja und Futtergetreide.

Aussichten

Mehr als ein freundschaftliches Treffen zwischen Staatschefs

Anlässlich des G20-Gipfels im japanischen Osaka sind die beiden Staatschefs aus den USA und China zu einem längeren freundschaftlichen Gespräch zusammengekommen. Man kann das als Handelsdiplomatie bezeichnen. Im Kern ist es jedoch mehr.

Derzeit lastet auf der ganzen Weltwirtschaft die Drohung eines eskalierenden Handelskriegs zwischen der Hegemonialmacht USA und dem aufstrebenden China. Dabei geht es weniger um ein Handelsgleichgewicht, sondern um das Alleinstellungsmerkmal der USA als technologische und politische Supermacht. Werden auf beiden Seiten die Zollmauern, Technologietransferverbote und Visarestriktionen

verschärft, kann dies vorübergehend die beiden grössten Volkswirtschaften in eine Wachstumsdelle führen – mehr jedoch nicht.

Der Beitrag von China zum US-amerikanischen Handelsdefizit ist nur noch 38 Prozent. Durch den Besucherstrom von Chinesen in den USA und durch die Lizenzgebühren, die für in China produzierte US-Ware abgeliefert werden, verringert sich das jährliche Defizit der USA gegenüber China auf knappe 150 Milliarden US-Dollar. Das entspricht nicht einmal einem Prozent der US-amerikanischen Wirtschaftsleistung oder etwa der US-Staatshaushaltbelastung für Krankenversicherung und Soziale Sicherheit von 17 Tagen.

Nimmt man die Medienwelle zum Massstab, welche dieser Handelsstreit mit sich bringt, könnte man meinen, die Weltwirtschaft hänge davon ab. Zweifellos genoss der nicht uneitle amerikanische Präsident die mediale Aufmerksamkeit in Osaka. Am liebsten sieht sich Donald Trump ohnehin am Schaltthebel der globalen Wirtschaft.

Dabei ist Letztere wesentlich stärker verbunden mit dem eurasischen Wirtschaftsraum. Zwischen Dublin und Lissabon bis Singapur und Sapporo werden rund 70 Prozent der weltwirtschaftlichen Leistung generiert. Hier entsteht mit der «neuen Seidenstrasse» ein infrastrukturelles Zusammenwachsen, was den Handel

deutlich erleichtern wird. In diesem Raum wächst derzeit nicht nur ein immenser Mittelstand heran, sondern auch die grösste Zahl von Menschen überhaupt – auch solche mit einem hohen Intelligenzquotienten. Das spürt beispielsweise die vitale Start-up-Szene, die von Europa über Indien bis China reicht. Am meisten Patente werden heute von chinesischen Unternehmen eingetragen: kleinere und grössere, die sich gegenüber der US-Konkurrenz absichern und am verbesserten Patentschutz ein grosses Interesse haben.

Ich bleibe zuversichtlich, dass die USA nicht den destruktiven Weg zur Isolation und zum Protektionismus bestreiten werden. Auch weil die US-ameri-

kanischen KMU einen Optimismus versprühen, wie er seit 50 Jahren nicht mehr gesehen wurde. Vor diesem Hintergrund wird der US-Präsident, der im nächsten Jahr wiedergewählt werden will, weder die Konjunktur noch den Ölpreis durch Handelskriege und andere Scharmützel gefährden wollen. Wenn sich die traditionell auf den Binnenmarkt ausgerichteten US-Unternehmen mehr für die wahren Wachstumsfelder in der Weltwirtschaft interessieren, kann dies allseits zu einem unerwartet starken realwirtschaftlichen Aufschwung führen.

Dann wird sich die Zinslandschaft, die sich bereits auf eine Rezession eingestellt hat, jedoch fundamental verändern. Auch die Löhne und Preise dürfen

angesichts der tiefen Arbeitslosenraten stärker als erwartet zulegen. Und der Schweizer Hypothekarschuldner tut gut daran, nach dem vielversprechenden Treffen in Osaka nicht allzu viel Zeit verstreichen zu lassen, bis er seine Kreditkonditionen noch zu rekordtiefe Sätzen verlängert.



Maurice Pedernana
Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).